

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1932**

345 (27.7.1932) Morgenausgabe



# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 27. Juli 1932.

Eigentum und Verlaa von  
: : Ferdinand Biergarten : :  
Verantwortlich für Politik:  
H. Kimmig; für badische Nachrichten:  
Dr. D. Schöpp; für Kommunalpolitik:  
R. Binder; für Lokales und Sport:  
H. Bolander; für das Reich:  
M. Göhr; für Ober und Konart:  
Christ. Derrle; für den Sonderstell:  
Erich Feld; für die Anzeigen: Ludwig  
Meindl; alle in Karlsruhe (Baden).  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße  
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe  
Nr. 8359. — Beilagen: Volk und  
Seimat / Literaturische Umschau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Weste- u. Wälder-Zeitung / Landwirtschaft,  
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Bezugspreis: Drei Bände monatlich 2.90 M.  
im voraus, im Verlag oder in den  
Anzeigengeschäften. 2.50 M. Durch  
die Post bezogen (einmal täglich) monatlich  
2.10 M. zusätzlich 42 Pf. Zustellgeld.  
Einzelpreise: Verkauf-Nummer 10 Pf.,  
Sonntags-Nummer und Feiertags-  
nummer 15 Pf. — Am Fall höherer  
Gewalt, Streik, Ausspernung usw.  
dar der Bezüge keine Ansprüche bei  
Verweigerung oder Rücknahme der  
Bestellung. — Abbestellungen können nur  
jeweils bis zum 25. d. Mts auf den  
Monats-Vertrag angenommen werden.  
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Seite  
0.40 M. Zeilen, Gewerbe, Familien-  
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden  
ermäßigter Preis. — Beklame-Seite  
2. — M. an erster Stelle 2.50 M.  
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt.  
Der bei Nichtannahme des Belegs, bei  
Veränderung der Bestellung und bei An-  
fragen anderer Art, ist die Geschäfts-  
ordnung und Verlagsstatut in Karlsruhe.

General v. Schleicher am Rundfunk:

## Vor Umbau der Reichswehr?

Gegen Frankreichs Sicherheitspsychose / Gegen Militärdiktatur  
und für Entpolitisierung der Reichswehr.

★ Berlin, 26. Juli. Reichswehrminister General von Schleicher sprach am Dienstag abend 20 Uhr zum ersten Male im Rundfunk. Es war zugleich die erste Rede, die der General seit der Übernahme des Reichswehrministeriums an die Öffentlichkeit richtete. Er begann seine Ausführungen mit folgenden Bemerkungen, die, wie er sagte, „einem Teil der Hörer eine gewisse Enttäuschung bereiten“:

„Ich bin kein Freund des militärischen Ausnahmezustandes und ich bin erst recht kein Freund von Militärdiktatur, und das nicht etwa, obwohl, sondern weil ich Minister für die Wehrmacht bin. Zwei Dinge sind dem Soldaten besonders unsympatisch: als Politik wird verwendet und in die Politik hineingezogen zu werden. Beides aber läßt sich beim militärischen Ausnahmezustand nicht vermeiden. Deshalb habe ich mich auch dafür eingesetzt, daß der zu einem bestimmten Zweck über Berlin und Brandenburg verhängte Ausnahmezustand sobald wie möglich wieder aufgehoben wurde.“

Der Minister zitierte dann seine kurze Erklärung an die Armee anlässlich seines Amtsantritts, deren Hinweis auf die Zukunft ihm von einem Teil der Rinken übel genommen worden sei, da doch in den vergangenen Jahren alles gegeben sei, um das Ziel — Deutschlands Grenzen zu schützen und die nationale Sicherheit zu gewährleisten — zu erreichen. Das hat mich ehrlich erstaunt. Es hat mir wieder gezeigt, wie gern und leicht der Deutsche sich Missionen hingibt, zumal wenn es ihm in seine Parteilichung paßt.

Die nackte Tatsache ist doch die, daß kein anderes europäisches Land in so geringem Maße die Sicherheit besitzt, nach der — so paradox es klingt — gerade die stärkste Militärmacht der Welt unanfechtlich ruht. Diese Haltung unseres westlichen Nachbarn hat der Minister Stresemann, dem man doch wirklich keine Vorurteile entgegenstellen kann, seinerzeit mit „Heuchelei“ bezeichnet, und ich glaube, daß es in Deutschland nur wenige Menschen geben wird, die dem nicht zustimmen.

Nur manchmal läßt man auch in Frankreich die Kake aus dem Saal. Zum Beweise dessen zitierte der Minister die jüngsten Äußerungen des Generalberichterstatters des französischen Staatshaushalts über eine Beschäftigung der neuen französischen Vorkriegsleistungen, die, wie der Berichterstatter sagte, völlige Sicherheit gäben und denen kein Gegner widerstehen könne. Man vergleiche diesen Bericht mit dem Verhalten und den Anträgen der französischen Abordnung in Genf. Eine treffende Kennzeichnung dieses Verhaltens verleiht mir meine internationale Höflichkeit. Wohl aber fordern derartige Tatsachen immer aufs neue den Vergleich mit der völligen Unsicherheit Deutschlands heraus. Wie könnte Deutschland Sicherheit bekommen?

Theoretisch auf zwei Wegen: indem die Mächte bis auf unseren Rüstungsstand abrücken, wozu sie rechtlich und moralisch verpflichtet sind. „Wann ist ein Schlachtschiff eine Verteidigungswaffe?“ wurde einmal gefragt. „Wann es die britische oder amerikanische Flagge führt“ lautete die Antwort eines anderen Sachverständigen. Ich glaube, diese spöttischen Worte sagen mehr als die schönsten diplomatischen Formeln, die den katastrophalen Mißerfolg der Abrüstungskonferenz verdammen wollen. Wir können zweitens die Sicherheit erreichen,

indem wir unsere Wehrmacht so umbauen — nicht ausbauen —, daß sie uns wenigstens ein gewisses Maß von Sicherheit gibt, und ich möchte im Anschluß an die deutsche Schlussfolgerung in Genf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir diesen zweiten Weg gehen werden, wenn man uns auch in Zukunft volle Sicherheit und Gleichberechtigung weiter vorenthält.

Ich kann Kritikern sagen, daß eine moderne, ihren Zweck wenigstens einigermaßen erfüllende Wehrmacht nicht teuer ist als die Wehrmacht des Versailles. Dittats, das durch seine zum Teil direkt sinnlosen Bestimmungen uns gänzlich unnütze und unproduktive Wehrkosten aufzwingt.

In der Landesverteidigung liegt die hohe und ideale Aufgabe des Soldaten. Richtig ist natürlich, daß die Wehrmacht auch die ultima ratio des Staates darstellt und daß ihr Einsatz in kürzester Frist Ruhe und Ordnung wiederherstellen und die Staatsautorität voll zur Geltung bringen muß. Daß die Wehrmacht dazu in der Lage ist, wird nach den Ereignissen der letzten Tage wohl niemand mehr ernstlich bestreiten. Richtig ist allerdings auch, daß kein Einsatz der Wehrmacht scharfe Maßnahmen nicht vermeiden lassen. Aber derartig harte Maßnahmen sind meist die mildesten, weil sie am schnellsten zum Erfolge führen. Allerdings bin ich der Meinung, daß das Vorhandensein einer geschlossenen und überparteilichen Wehrmacht allein schon genügen muß, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren. Mich hat in den letzten Tagen nichts so sehr geärgert — und ich ärgere mich nicht leicht — wie die Behauptung, ich hätte die Reichswehr in den politischen Meinungsstreit eingeleitet. Das ist der ungerechteste Vorwurf, der einen Mann treffen kann, der seit der Revolution auf allen Wegen und mit allen Mitteln einen zähen und verbissenen Kampf um die Entpolitisierung der Wehrmacht geführt hat und der in diesem Kampf oft gerade die Kreise zum Gegner hatte, die heute mit großem Geschrei vor der Entpolitisierung der Wehrmacht warnen, nachdem es ihnen zum Segen unseres Vaterlandes nicht gelungen ist, aus der Reichswehr eine Parteigruppe zu machen.

Das Schlagwort „Unter und Generale“ hätte die Regierung brüning geführt, ist eine glatte Lüge. Solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich es niemals zulassen, daß die Wehrmacht ihre überparteiliche, nur dem Volksganzen dienende Haltung ändern oder gar aufheben werde. Und ein Zweites kann ich den Herren versichern, die heute mit Kasandra-Muten ihre Wahlagitation betreiben: ich werde nicht dulden, daß die Wehrmacht die ihr im Staate zugewiesene Stellung mit irgend jemand teilt und daß sich private Organisationen ihre gesetzlichen Funktionen anmaßen.

In diesem Zusammenhang einige Worte über die Verbände. Ich müßte ein schlechter Wehrminister sein, wenn ich mich nicht über jeden jungen Deutschen freuen würde, der durch körperliche Übungen, durch Ertragen von Strapazen und vor allem auch durch freiwillige Disziplin seinen Körper stärkt. Nun weiß ich natürlich sehr genau, daß in den Verbänden auch mancherlei Dummheiten und Unbegründlichkeiten vorgekommen sind und noch vorkommen.

Ohne Arbeitslosigkeit und mit einer allgemeinen Wehrpflicht hätten wir nicht diese Inflation der Verbände, deren vollständige Unbrauchbarkeit bei kriegerischen Verwicklungen jetzt sogar, außer natürlich in Frankreich, von führenden Persönlichkeiten der ehemaligen Feindbündnisse anerkannt wird.

Betrübend und beschämend ist es nur, daß Frankreich seine Argumente zum größten Teil selbst von den Kreisen bezieht, denen zur Bekämpfung ihrer politischen Gegner jedes Mittel, selbst das des Landesverrats, recht ist.

Daß ich als Wehrminister den Siedelungsgedanken auf das Wärmste begrüße, liegt auf der Hand. Für die Landesverteidigung ist es eine Lebensfrage, daß an der Ostgrenze eine mit ihrem Boden verwurzelte Bevölkerung steht, die, soweit es in derartigen Notzeiten überhaupt möglich, trübsinnig ist und zahlreiche

Menschen als selbständige Existenzen auf dem platten Lande festhält. In diesem Zusammenhang noch einige Worte über den sozialen Gedanken. Eine der schönsten Soldatentugenden ist die Kameradschaft — und was ist sie anderes, dieses Zusammenstehen in Freud und Leid, in Sieg und Tod, als der Ausdruck des sozialen Denkens und Fühlens?

Dieser Gedanke der Kameradschaft umschließt die soziale und nationale Aufgabe der Wehrmacht. So wenig die Reichswehr eine Parteigruppe ist, so wenig ist sie die Schutzmacht irgend welcher Klassen und Interessenten, so wenig will sie überlebte Wirtschaftsformen oder unhaltbare Besitzverhältnisse beden. Und in diesem Sinne des sozialen Gedankens werde ich mein Amt als Reichsminister und insbesondere als Wehrminister führen, indem ich die Arme immer wieder daran erinnern werde, daß sie dazu beitragen soll, die Not gerade in den ärmsten Bevölkerungsschichten zu lindern und Freund und Helfer aller Bevölkerungsschichten zu sein.

Zum Schluß äußerte sich der Minister über eine sogenannte „Militärdiktatur“: Eine diktatorische Regierung der Wehrmacht wäre in Deutschland völlig ausgeschlossen, weil die Wehrmacht nie etwas anderes tun wird, als den Befehlen ihres Oberbefehlshabers, des durch eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg zu folgen. Aber auch eine Regierung, die sich nur auf die Bajonette der Reichswehr stützt, wäre eine solche im luftleeren Raum und würde sich schnell abnutzen und zum Mißerfolg führen.

In Deutschland vielleicht mehr noch als in manchen anderen Ländern muß die Regierung von einer breiten Volkströmung getragen werden. Ich glaube sagen zu dürfen, daß ich in dieser Hinsicht gerade in den letzten Wochen klarer gesehen habe und weniger militaristisch gewesen bin als mancher Politiker, der sich oft und gern zur Demokratie bekennt, aber sofort zur Diktatur der Bajonette bereit ist, wenn seine Machtposition oder die seiner Partei es notwendig macht. Deshalb bin ich kein Freund der Militärdiktatur. Aber ich wünsche Deutschland gerade in der jetzigen schweren Zeit eine Regierung, die die größten Soldatentugenden besitzt, Mut, Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit.

## Schulschiff „Niobe“ gekentert.

Retlungsaktion der Marineleitung / 19 Kadetten gerettet / 69 Vermißte.

Kiel, 26. Juli. Dienstag um 15.30 Uhr ist das Segelschulschiff „Niobe“ in einer Gewitterboe bei Fehmarn-Feuerschiff gekentert. Die Boote des Feuerschiffes haben sich sofort an die Unfallstelle begeben. Auch der Dampfer „Therese Ruff“ meldet seine Ankunft an der Unglücksstelle. Er hat 40 Gerettete an Bord. Rettungsaktionen der Marine sind eingeleitet. „Niobe“ war Montag vormittag mit über 100 Kadetten u. Schiffsjungen an Bord in See gegangen.

Die Besatzung der „Niobe“ beträgt genau 105 Köpfe, darunter 50 Kadetten. Der Kommandant ist Korvettenkapitän Ruffus.

Die Geretteten von der „Niobe“ sind von dem Dampfer „Therese Ruff“ an den Kreuzer „Köln“ abgegeben worden. Einige der Verunglückten befinden sich auf einem S-Boot auf der Fahrt nach Kiel. Es sind 19 Kadetten gerettet. Der Kreuzer „Köln“ meldet 69 Vermißte.

Ein schwacher Hoffnungsschimmer besteht noch in einem Gerücht, das auf Fehmarn umläuft, wonach eine Fischerboote einige der Verunglückten gerettet und in Rödby auf Volland gelandet haben wollen. Da aber nur ein Fischerboot im Hafen von Rödby aufgebracht werden konnte, ist wenig Hoffnung vorhanden, daß sich das Gerücht bestätigt. Nach Fliegermeldungen zeigt das Braud nur einen Delfin. Es ragt auch kein Mast aus dem Wasser.

Es muß leider damit gerechnet werden, daß die Vermißten größtenteils sich im Augenblick des Unglücks im Schiffsinnen befanden und ertrunken sind.

Die Notflotte ist inzwischen ebenfalls an der Unfallstelle eingetroffen. Morgen früh werden auf einer Flaggparade die Marineflagen Halbmast gehißt.

Das Unglück selbst, das das Schulschiff betroffen hat, und offenbar durch einen überaus rasch aufgetretenen Gewittersturm hervorgerufen worden ist, ereignete sich nachmittags um 1/3 Uhr. Zwei Stunden später jagten schon die ersten Kriegsschiffe aus der Kieler Bucht heraus, um Rettung zu bringen. Die Marineleitung

hatte sofort alles mobilisiert, was greifbar war. Eine Torpedobootflottille, die zufällig im Hafen lag, wurde unverzüglich unter Dampf gesetzt und an die Unglücksstelle geschickt. Ebenso erhielten vier Schnellboote der Reichsmarine den Befehl, die Unglücksstelle abzuschauen, um noch herumschwimmende Matrosen zu retten. Weiter erhielten die beiden Kreuzer „Köln“ und „Königsberg“ die Anweisung, in höchster Fahrt nach der Insel Fehmarn zu dampfen. In den Abendstunden waren denn auch schon zahlreiche Einheiten von der Insel Fehmarn verarmelt. Das noch immer von Böen gepötschte Wasser wurde mit Scheinwerfern abgesehen. Leuchttratten wurden abgeschossen, um den Suchbooten die Arbeit zu erleichtern. Das Unglück selbst ist unverzüglich vom Feuerschiff Fehmarn bemerkt worden, das sofort Rettungsboote klar machte. Das Feuerschiff hat denn auch funktentelegraphisch die Nachbarrettungsstationen alarmiert und ebenso einen Bericht an die Marineleitung geschickt.

Am Bord der Niobe befanden sich ungefähr 100 Mann, von denen aber eine nicht unerhebliche Anzahl ein Opfer des Unglücks geworden sein dürfte.

Das Schulschiff selbst, das nur 650 Tonnen groß ist und drei Masten besitzt, stammt aus dem Jahre 1899. Es ist 1932 umgebaut und modernisiert worden. In Fachkreisen wird berichtet, daß es trotz seines Alters noch ein sehr seetüchtiges und brauchbares Schiff gewesen sei. Wie es möglich war, daß das Schiff in der Gewitterboe kenterte, wird sich erst feststellen lassen, wenn man die Geretteten vernahmen und den Bericht des ebenfalls geretteten Kapitäns Ruffus vorliegen hat. Auch die Beobachtungen der Loisen an Bord des Feuerschiffes Fehmarn dürften von großer Bedeutung sein.

### Ein Beileidstelegramm der Marineleitung.

Berlin, 26. Juli. Der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. H. C. Raeder, hat anlässlich des Unterganges des Segelschiffes „Niobe“ folgendes Telegramm an den Inspektor des Bildungswesens der Marine gerichtet: „In kameradschaftlichem Gedanken bin ich in diesen traurigen Stunden bei Ihnen und der braven „Niobe“-Besatzung. Ich trauere mit Ihnen und den Angehörigen der Verunglückten um die vielen jungen Kameraden, die die unerbittliche See uns entzissen hat. Ich bin aber auch gewiß, daß dieser schwere Schlag die Reichsmarine zu weiterer treuester Pflichterfüllung anspornen und uns allen erneut unser Gelübnis ins Herz einmeißeln wird, daß da heißt: für das Vaterland vorwärts und aufwärts!“

### Hausdurchsuchungen bei Kommunisten.

Breslau, 26. Juli. Auf Grund von Mitteilungen, daß bei Führern der Breslauer kommunistischen Partei Waffen, Munition und verbotene Druckschriften verborgen gehalten würden, nahmen etwa 50 Kriminal- und Schutzpolizeibeamte in den Mittagsstunden des Dienstag Hausdurchsuchungen bei einer Anzahl von Funktionären der Partei vor. Es wurden verschiedene Waffen, Gewehr- und Pistolenmunition sowie verbotene Druckschriften und Veröffentlichungen des Rotfrontkämpferbundes gefunden.

Nach dem Polizeibericht erstreckten sich die Breslauer Hausdurchsuchungen bei den Funktionären der Breslauer KPD auf zehn Personen. Durchsucht wurden Wohnungen, Keller, Böden und Schrebergärten besonders im östlichen Stadtteil. Es wurden insgesamt 1 Karabiner mit 102 Schuß Infanteriemunition, eine Pistole mit 10 Schuß Munition, 1 schwerer Artillerieabzel und mehrere verbotene Schußwaffen und Kartuschen der KPD.

Die Landjäger von Schwab (Vogel-Bez. Kassel) hatte erfahren, daß sich bei dem kommunistischen Führer Zimmermann,

einem Maurer aus Alerode Waffen befanden. Eine Hausdurchsuchung in der vergangenen Nacht förderte eine große Anzahl von Munition und Waffen zutage. Insgesamt wurden 750 scharfe Patronen, eine Anzahl Revolver und drei Gewehre mit Zubehör gefunden. Zimmermann wurde verhaftet und in das Amtsgericht Schwab eingeleitet.

### Helmuth Hirth schwer verletzt.

Stuttgart, 26. Juli. Der bekannte Flieger und Flugmotorenkonstrukteur Helmuth Hirth erlitt im Flughafen Böblingen am Montag abend einen schweren Unfall. Beim Ausprobieren eines neuen Flugzeugmotors, der beim Europaflug verwendet und in ein Großflugzeug eingebaut werden sollte, kam Hirth plötzlich dem anlaufenden Propeller zu nahe. Dabei wurde Hirth ein Unterarm abgeschlagen. Der Flieger wurde schwer verletzt in das Böblinger Krankenhaus gebracht. Nur dem Umstand, daß er mit dem Kopf außer Reichweite des Propellers war, hat Hirth es zu verdanken, daß er am Leben blieb.



# Der dritte Flug über den Ozean

## v. Gronau in Amerika.

△ New York, 26. Juli. Die am Dienstag um 15.50 Uhr M.E.Z. in Cartwright (Labrador) gestartete Maschine des deutschen Ozeanfliegers von Gronau und seiner Begleiter ist auf dem Flugweg nach Montreal um 19.42 Uhr M.E.Z. über dem Ort Mont Louis, etwa 465 Km. östlich von Quebec, gestiegen worden. Die Geschwindigkeit des Flugzeuges wurde mit 160 Stundenkilometern angegeben.

m. Berlin, 26. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Zwei glückliche Ereignisse in der deutschen Fliegerei: Während Elli Beinhorn in einem Triumphzug in Berlin eingeholt wird, ist kurze Zeit vorher der deutsche Ozeanflieger v. Gronau nach seinem dritten Flug über den Atlantik glücklich in Amerika gelandet. Am Dienstag um 15.08 Uhr abends ostamerikanischer Zeit (5.05 Uhr M.E.Z.) ist der Flieger in Cartwright, einem kleinen Fischerdorf an der Küste von Labrador, eingetroffen. Die Funktion des Dornier Wal, mit dem v. Gronau den Flug über den Atlantik und über die Eiswüste Grönlands wagte, fand kurz vor der Landung in dauernder Verbindung mit dem Esbreyer „Maclan“ des kanadischen Marineabteiles, der gegenwärtig in der Hudsonstraße kreuzt. Er teilte der Besatzung des Esbreyers mit, daß er zunächst einmal an der Küste von Labrador zwischen Landen will, um dann als nächstes Ziel Montreal anzustreben. Cartwright liegt in einer Bucht an der Ostküste Labradors, etwa 400 Kilometer südlich von Hopedale, das ursprünglich angefliegen werden sollte und etwa 1600 Kilometer von Montreal entfernt ist. Damit hat v. Gronau den Ozean zum dritten Mal überflogen. Er hat die Etappe Deutschland-

Island-Grönland-Labrador durchaus „fahrplanmäßig“ zurückgelegt. Eine hervorragende Leistung für die gesamte Mannschaft, die sich mit dem viermotorigen Flugboot auf die Reise begeben hat. Es ist noch nicht bekannt, ob v. Gronau alle wissenschaftlichen Experimente so durchführen konnte, wie er es geplant hatte. Er wird aber sicherlich bei seinem dritten Flug über die Arktis die noch fehlenden Erfahrungen für die Vorbereitung seiner Flugtakte Deutschland-Amerika gesammelt haben.

## Elli Beinhorn wieder in Berlin.

Berlin, 26. Juli. Die deutsche Weltfliegerin Elli Beinhorn kehrte Dienstag um 17 Uhr von ihrem Weltflug auf dem Flughafen Tempelhof zurück, von dem der Flug ausgegangen war. Zu ihrem Empfang hatten sich außer zahlreichen Zuschauern die Spitzen der an der Luftfahrt interessierten Behörden und der Luftsportverbände eingefunden. Man sah u. a. Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, des Wehrministeriums, des Auswärtigen Amtes, des preussischen Ministeriums für Handel und schließlich des Aero-Clubs von Deutschland, der die Empfangsfeierlichkeiten leitete und für den der Präsident, Major v. Kehler herzlich und anerkennd Begrüßungsworte für die tüchtige Fliegerin fand. Der Redner unterstrich die große Leistung der Fliegerin, die bisher von keinem deutschen Flieger vollbracht worden sei und hob besonders die Bedeutung dieses Fluges, der über alle Kontinente führte, für das Ansehen der deutschen Luftfahrt und des Deutschtums überhaupt hervor. Im Anschluß an die Begrüßung gab die Fliegerin den zahlreichen Vertretern von Presse und Film bereitwillig Auskunft über die interessantesten Erlebnisse, die sie während ihres Weltfluges gehabt hat.

## Geheimrat Hammerschmidt †.

### Der Präsident des Deutschen Sängerbundes einem Schlaganfall erlegen.

M. München, 26. Juli. (Sig. Drahtbericht der Badischen Presse.) Mit tiefer Erschütterung und großem Schmerz wird die Deutsche Sängerschaft die Nachricht vernommen, daß der verdienstvolle Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes, Geheimrat Dr. Hammerschmidt, plötzlich an einem Schlaganfall gestorben ist. Dr. Hammerschmidt hat sich große Verdienste um das Innenleben des Deutschen Sängerbundes erworben und feierte erst vor zwei Jahren noch unter größter Anteilnahme der deutschen Sängerschaft seinen 70. Geburtstag. Während der Sängerversammlung in Frankfurt entwickelte der Verstorbene eine ungemein große Tätigkeit. Er sprach in allen Konzerten, Kundgebungen und sonstigen Veranstaltungen und war überall Gegenstand begeisterter Ovationen.



Dr. Karl Hammerschmidt.

Geheimrat Dr. Hammerschmidt hatte 1928 das Erbe des von seinem Vorfahren zurückgetretenen Bundesvorsitzenden, Rechtsanwalt List angetreten und sein Amt trotz der hohen Jahre mit solcher Umsicht und Sachkenntnis verwaltet, daß er in allen Kreisen Begeisterung weckte und das Vertrauen und die Liebe aller Bundesmitglieder besaß. Am Montag kehrte er von Frankfurt nach München zurück und erlitt nachts 2 Uhr einen ersten Schlaganfall, dem morgens 6 Uhr ein zweiter folgte. Die Einäschung findet Mittwoch vormittag 12 Uhr in München statt.

Karl Hammerschmidt wurde am 12. Juni 1862 in Rippenberg (Mittelthüringen) geboren und ist von Beruf Gymnasiallehrer. Als solcher war er zuerst in Eckenroden (Hess.), Ansbach und Speyer tätig; 1909 wurde er Konrektor und 1914 Rektor des Gymnasiums Neutadt a. H., bis er 1920 als Oberbibliothekar die Leitung des Herzeleingymnasiums in München übernahm.

Politisch trat er seit 1899 im alten bayerischen Landtag hervor, wo er sich bald neben Caselmann zu einem der Führer der nationalliberalen Partei entwickelte. Von Oktober 1907 bis November 1914 war er dort auch 2. Vizepräsident. Auch im neuen bayerischen Landtag sah er bis 1924 als Mitglied der demokratischen Fraktion.

Neben seiner Tätigkeit im Beruf und als Politiker stellte er sich in den Dienst der Deutschen Sängerschaft, insbesondere nach seiner Verlegung in die Pfalz, wo er bald Vorsitzender des Pfälzischen Sängerbundes wurde. Diese Tätigkeit führte er bis zum VII. Sängerbundestag in Breslau 1907 weiter, er in den Gesamtverband der Deutschen Sängerbundes gewählt. Auf den Sängertagen in Koburg 1913, Regensburg 1921, Hannover 1924 und Nürnberg 1925 und 1929 wurde ihm die Leitung übertragen. Bei der letzten Tagung in Nürnberg wurde er dann im Juli 1929 anstelle des Rechtsanwalts Friedrich List zum Präsidenten des Deutschen Sängerbundes gewählt.

## Beileidskundgebungen für Dumont.

Rio de Janeiro, 26. Juli. Aus Anlaß der Beileidskundgebungen für den berühmten Luftfahrtpionier Santos Dumont, die am Montag in Sao Paulo stattfanden, wurden die Beileidskundgebungen zwischen den Regierungstruppen und der Aufständischen auf allen Fronten vorübergehend eingestellt. Die Bombenflüge der Bundesregierung waren statt Flegelbomben Beileidskundgebungen ab.

## Tages-Anzeiger.

(Morgens siehe im Inseratenteil.)

Mittwoch, den 27. Juli.

Sommeropere — Konzerthaus: Die Dollarprinzessin, 20-23 Uhr.  
Sängerchor: Freizeitspiel der Philharmoniker, 16-18.30 Uhr.  
Gloria-Ballet: Der weiße Reiter; (Große Jugendvorstellung 16).  
Schauburg: Die große Wahrheit; Die Bühne des Fremdenlegations.  
Reichens-Vollspiele: Ein toller Einfall.  
Palastravestibule: Das Geheimnis der roten Kasse.  
Kaffee Theater: Sonderkonzert, 20.30 Uhr.  
Kaffee Klub: Gesellschaftsabend.  
Heil. Löwenraben: Tanz.

## Dietrich im Rundfunk.

Freiburg, 26. Juli. Im Rahmen der Rundfunkreden der Parteiführer sprach am Dienstag abend von 7 bis 7.25 Uhr Reichsfinanzminister a. D. Dietrich für die Deutsche Staatspartei von der Freiburger Besprechungsstelle über alle deutschen Sender. Er verwies zunächst darauf, daß während seiner Amtszeit die Reichsausgaben um nahezu 3 Milliarden herabgedrückt wurden: von 11,788 Milliarden im Budgetjahr 1928/29 auf 8,3 Milliarden im laufenden Budget. Die reinen Reichsausgaben wurden in dem angegebenen Zeitraum von 8,4 auf 5,8 Milliarden gedrosselt. Diese starke Ausgabenreduktion konnte sich nur unter ungeheuren Sorgen und Schwierigkeiten vollziehen. Schwere Opfer mußten allen zugemutet werden, die vom Reich etwas zu fordern hatten. (Gehalts-, Lohn-, Renten- und Pensionsempfänger.) Daneben mußten noch neue Einnahmequellen geschaffen werden, um den Etat zu balancieren. Dietrich betonte, daß es für die Staatspartei besonders sorgenvoll gewesen sei, daß gerade er als deren Führer diese unpopuläre Politik betreiben mußte und daß auch der frühere preussische Reichsfinanzminister der Partei angehörte. Eine populäre Finanzpolitik sei aber auch deshalb nötig gewesen, um durch die Aufrechterhaltung der Ordnung in der deutschen Finanzwirtschaft die Lösung der Reparationsfrage zu betreiben. Nur auf dieser Basis habe die Regierung Brüning-Dietrich es wagen können, am 6. Juli 1931 die Reparationszahlungen aufzubringen. Ohne diese Vorbedingung hätten unsere ehemaligen Kriegsgegner nicht mit uns verhandelt, sondern uns vorgezogen, was wir zu tun und zu lassen hätten. Die Regierung Brüning-Dietrich habe ihren Standpunkt, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, weitere Reparationszahlungen zu leisten, bis zu dem Tage ihres Rücktrittes aufrechterhalten. Dagegen könne jetzt festgestellt werden, daß die gegenwärtige Regierung diese Linie nicht durchgehalten habe, sondern daß das deutsche Volk nach dem Lausanner Vertrag noch 3 Milliarden zahlen müsse. Die Reparationspolitik konnte eben nie mit großen Pfahnen und starken Worten gemacht werden.

Gegenüber dem Vorwurf, die frühere Regierung habe unsere Volkswirtschaft nicht genügend geschützt, stellte Dietrich fest, daß unter seiner Amtszeit ein starker Agrarschutz, ausgehend von der Kündigung des Schwedenvertrages, geschaffen worden sei. Andererseits werde man aber bald auf der ganzen Erde begeifen müssen, daß die Politik der unerlösten Zoll-erhöhung, der Kontingentierungen und der Absperren im Begriffe sei, die großen Völker wirtschaftlich und politisch zu ruinieren.

## Auch Deutschland könne nicht leben ohne einen gewaltigen Gütertausch mit allen Ländern der Erde.

Eine Axtartie mit völliger Sperre unserer Grenzen würde uns in eine grenzenlose Armut zurückwerfen, denn wir würden nicht nur keine Wolle, keine Baumwolle, kein Kupfer, keinen Mais, nicht genügend Weizen und Getreide haben, sondern auch auf Kaffee, Tee, sonstige Kolonialwaren, Tabak usw. verzichten müssen. Auch vom Gehaltspunkt der Arbeitsbeschaffung aus sei zu sagen, daß wir beibringt sein müssen, in ständig wachsendem Maße Fertigerwaren in der ganzen Welt zu vertreiben und dafür andere uns fehlende Artikel einzutauschen.

Die Staatspartei stehe durchaus auf dem Boden der Privatwirtschaft und des Privateigentums, denn nur der selbständige Unternehmer, ob klein oder groß, sei imstande, die deutsche Wirtschaft zu tragen. Gegen den Vorwurf, er habe im staatssozialistischen Sinne gewirkt (Bankenfragen, Gellentirich) führt Dietrich ins Feld, daß die Regierung von sich aus nie den Versuch gemacht habe, sich in die Banken oder in die Kohlen- oder Eisenwirtschaft hineinzusetzen. Im übrigen habe es sich bei der Konfiskation der Banken nicht darum gehandelt, die Direktoren oder die Aktionäre zu retten — die Aktionäre haben fast alles verloren —, sondern daß die fast zwei Millionen deutschen Geschäftlichen und Privatkonten ihr Geld oder ihren Kredit nicht verloren. Hätte man diese Bankkonten nicht geschützt, dann hätten wir zehn Millionen Arbeitslose, und ein großer Teil der Sparkassen und Genossenschaften, die mit den Banken arbeiteten, wären zu Grunde gegangen und ihre Einleger hätten Hab und Gut verloren. Der Grund für die Beteiligung des Reiches an Kohle und Eisen liege darin, daß, wenn man die Gebäude der Charlottenhütte, Gellentirich, Phönix, Stahlverein usw. hätte zusammenbrechen lassen, wir eine zweite Bankkrise erlebt hätten. Daneben habe die zweite Gefahr bestanden, daß diese Betriebe in die Hand ausländischer Kapitalisten gekommen wären. Im übrigen bezeichnet es Dietrich als ein Unheil, daß im Bankwesen, in der Kohlen- und Eisenwirtschaft die vielen mittleren selbständigen Betriebe von „Mammutsgebilden“ aufgelesen und vernichtet wurden. Eine Gesundung könne nur eintreten, wenn ein großer Teil dieser Konzerne und Konzerngesellschaften wieder zum Verschwinden gebracht und die aufgelassenen Betriebe wieder selbständigen Unternehmungen überantwortet werden.

Dietrich schloß mit einem Appell, daß jeder bestrebt sein müsse, zu seinem Teil an der Besserung der Dinge mitzuarbeiten und daß das deutsche Volk mit der inneren Selbsterlebung aufhören müsse. Nur einig und geschlossen werde es sein Schicksal meistern können.

## Walter Konz zum 60. Geburtstag.

Wenn Professor Konz jetzt seinen 60. Geburtstag begeht und zahlreiche Schüler und Freunde ihm dazu glückwünschend die Hand drücken, so erinnern sie sich dabei, daß in diesem Jahre sechzig Semester verfloßen sind, seit der Jubilar zum Professor der Akademie ernannt wurde. Wenn der Tag dieser Ernennung — es war der 3. Februar — nicht besonders begangen wurde, so lag das einmal an der bescheidenen Art von Professor Konz, zum andern aber auch daran, daß er tatsächlich das Amt schon vorher verwaltet hatte, das man nun mit der Titelverleihung endgültig übertrug. Seit der Ernennung von W. Kraustopf, dem Schöpfer und ersten Leiter der Radierklasse — er wurde 1894 angestellt — der ihr bis 1898 erfolgreich vorstand, war Meisterkonz Konz erst sein Vertreter und dann sein endgültiger Nachfolger. Unter ihm hat sich die Graphikabteilung kräftig weiter entwickelt und auf den Gebieten der eigentlichen Radierung, der Kaltmetall- und Schabkunst, die Konz vielseitig beherrschte, beim jüngeren Nachwuchs festen Fuß gefaßt und sich stets weiter verbreitet. Konz sperrte sich nicht gegen die Stilwandlungen der letzten Jahre, sondern ließ seinen Schülern die Freiheit individueller Betätigung und Einstellung. Was er ihnen vermittelte, war die künstlerische Anschauung und die Behandlung des technischen Rüstzeuges, die er sich selbst unter Kraustopf und Kalztreuth mit intensiver Hingabe angeeignet hatte.

1891 war Walter Konz als Schüler an der Akademie eingetreten, und zwar als Landschaftler hauptsächlich bei Schönleber, seinem schwäbischen Landsmann. Denn Konz ist von Geburt Stuttgarter und hat auch dort seine Studien begonnen. Die künstlerische Ader hat er vom Vater geerbt, der als Zeichenlehrer an der Akademie einen Namen machte. So waren also auch für unseren Meister die günstigsten Bedingungen für eine aufsteigende Entwicklung gegeben, die sich auf den beiden Gebieten, dem der Malerei und dem der Schwarzweißkunst, erfolgreich einstellte. Zumal als Konz Hans Thoma näher trat, bekam seine Kunst jene schlichte Haltung, die ihrem und seinem Wesen gemäß ist. Seine Palette bevorzugt in Del und Tempera verhaltene Töne, in denen das vornehm-milde Silbergrau vorherrscht, abgeklärt durch ein gedämpftes Grün, aufgehellt durch ein weiches Gelb und Rosa. In der Vereinerung und Auswahl dieser fein harmonisierten Stala holte sich a. B. jenes Stilleben mit Mischel den Staatspreis auf der Baden-Badener Ausstellung, das wirklich von erlebnisreichem Gehmaß erfüllt war.

Auch die Rolle, die W. Konz im Radierverein einnahm, den Wilsb. Kraustopf 1894 gegründet hatte, sei hier nur andeutend hingewiesen. Unter den Landschaften, die in seinem Werk mehrfach wiederkehren, nimmt die Gegend von Sasbach und der Bodensee eine bevorzugte Stelle ein. Aber auch im Bildnis hat er schöne Leistungen anzusehen, so wie er sich auf graphischem Gebiet nicht einseitig betätigte, sondern auch der Lithographie zuwandte. In seiner Vielseitigkeit, mit der sich eine sichere Kultur und ein feinfühlig-

Geschmack verbinden, ist er eine liebenswürdige, nicht umstrittene, sondern allseits anerkannte Persönlichkeit, die in ihrem eigenen Schaffen und als Lehrer zahlreicher Künstler sich für Gegenwart und Zukunft einen geachteten Namen erworben hat und von der auch noch manch schönes und reifes Werk zu erwarten ist. W. E. O.

## Neue Musik in Freiburg.

### Zwei Kurzopern — Julius Weismann.

Trotz vorgezogenem Sommerpielzeit und Operettenbetrieb auf der ganzen Linie hatte die Oper des Stadttheaters noch zu einer überraschenden und überragenden Spitzleistung aus. „Eine Stunde Spanien“ von Maurice Ravel und „Lord Spleen“ von Mark Lothar fanden eine Wiederbelebung, die schließlich zu dem Besten gehört, was das Theater in den letzten Jahren herausbrachte. Raveles Oper ist ein köstlicher Scherz, eine grandiose hingepanderte Liebesoper in einem Aktenabende, in dem die Frau des Uhrmachers drei Liebhaber nacheinander abfertigt, wobei ein Maulschrei der lachende Dritte ist. Die impressionistisch farbige Musik untermauert das Spiel knapp und eindringlich, aber erschöpfend in der faszinierenden Charakteristik. Maria Vertazzoni hatte den pikanten Sex-appeal in Erscheinung und Stimme, mollischerer Selt in geschliffenem Kritikal Generalmusikdirektor Hugo Balzer dirigierte die Kurzoper mit brillanter Verbe und ausgeglichener Kultur. Nur die Regie war ohne Einflüsse. Was ein tüchtiger origineller Kopf als Opernspielleiter leisten kann, zeigte Walter Fellenstein (der jetzt nach Köln geht) in „Lord Spleen“. Die Musikkomödie, von Hugo F. Königsgarten nach einer alten Komödie von Jonsons verfaßt, ist eine Mischung aus den erfolgreichsten Opern der letzten zehn Jahre, in die das „Zeittheater“ als billiges Nequid eingepaßt ist. Seine Buffomantik klingt ausgezeichnet, ist lauter gesagt, aber aus zu vielen Quellen gespeist. Die wirbelnde „Sonny spielt auf!“-Paraphrase ist heute nicht mehr aktuell. In der Titelrolle entfaltete Sigmund Matuzewski eine drastische Charakteristik, die durch vollendete Deklamation noch gesteigert wurde. Die Waldbesuche Koloraturpartien beherzichte mit erstaunlicher Keckheit, die unerhörte Orchester und Solisten so überlegen und gewandt, daß der Eindruck nicht intensiver sein konnte.

Julius Weismann legte an einem Kompositionsabend mit eigenen Klavierwerken ein Bekenntnis seiner Musikanschauung dar, indem er erklärte, daß viele ein Wissen um die Technik der Komposition besitzen, aber doch keine Ahnung hätten. Musik aber lebe von Ahnen und Können. Sie sei ein Stück Natur, die mit den Mitteln der exakten Wissenschaft allein nicht erfasst werden könne. Rhythmus, melodische Linie und Harmonie seien die Synthese des musikalischen Schaffens, für das der Komponist die Grenzen zwischen Wissen und Ahnen erkennen müsse. Es war das Glaubensbekenntnis des Romantikers, der hier irrtilmüde Weise die Bindungen früherer Schöpfungen auch auf seine jüngsten Werke übertrug, die aus weient-

lich anderen Gesichtspunkten entstanden. Die 1920 komponierten „Traumpiele“ sind noch typische Programmmusik, die von der dichtesten Idee außer musikalischer Naturerlebnisse bestimmt ist. Die kompromißlose Formenreine der „Inventionen“ aus dem Jahre 1929 sind in der konzentrierten Kontrapunktik schon in die Nähe absoluter Kunst gerückt. Und die 1931 entstandenen „Stücken und Kunstwerke, in denen die Technik, Form und melodische Substanz vollkommen im Sinne zeitgemäßer Haltung bedekt. In seinem Vorkommen ist Weismann eine lyrische Natur, die vom textlichen Vorwurf her sich inspirieren läßt. Vella Hochreiter sana diese Niedergrundmusikalisch und warmblütig. Hg.

## Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft.

Freizeitspiele in Mannheim. Nachdem in Mannheim seit 25 Jahren keine Freizeitaufführungen mehr stattgefunden haben, werden in diesem Sommer durch Entgegenkommen der Intendant des Nationaltheaters während der Theaterferien auf den Kennwiesen Freizeitspiele aufgeführt. Das Spielfeld liegt unter schattigen Bäumen und bietet 2000 Zuschauern Platz. An Aufführungen sind vorgezogen eine historische Revue „Das Jahrmartstfest von Pflundersweilen“ von Goethe, sowie Kindermärchen.

Vom Konstanzer Stadttheater. Der Theaterausch machte dem Stadtrat den Vorschlag, die Leitung des Konstanzer Stadttheaters, dem bisher dort tätigen Regisseur und Dramaturgen Dr. Erich Weidner zu übertragen. Dr. Weidner hat sich bereit erklärt, den Theaterbetrieb im Winter 1932/33 während 6½ Monaten Spielzeit mit einem Zuschuß von 10.000 RM., den der Bürgerausch bereits bewilligt hat, aufrecht zu erhalten. Die wirtschaftliche Basis des Konstanzer Stadttheaters dürfte ausreichen gesichert sein, da Singen und Radolfzell dieser neuen Theater-Union beitreten wollen und Schaffhausen und Winterthur sich für Gastspiele interessieren. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Stadtrat der Lösung dieser Theaterfrage zustimmen wird.

Der Privatgelehrte Wilhelm v. Schuehen †. Am 21. Juli starb in Odenburg der Privatgelehrte Wilhelm v. Schuehen. Der Verstorbene war ein Anhänger des Philosophen E. B. Hartmann und hat sich außer durch verschiedene Schriften über Dewaldis Energetik, Haedels Monismus, den „Modernen Jesuskultus“ und Neumanns Christentum durch ein größeres Werk über E. v. Hartmann einen Namen gemacht, das 1929 in der Sammlung der Aufsätze der Philosophie bei Frommann (Stuttgart) erschienen ist. Eine Grabstätte in Neapel entdeckt. In Neapel wurde bei der historischen Kirche von San Pietro ad aram, in der der Ueberlieferung zufolge Petrus das Evangelium verkündet haben soll, eine ausgedehnte Grabstätte entdeckt, in der noch Ueberreste der ersten Christen gefunden worden sind.

Helen Keller zum Ehren doktor ernannt. Die bekannte blinde und taubstumme Schriftstellerin Helen Keller wurde von der Universität Glasgow zum Ehren doktor ernannt.

Dr. Hellmut Kuhner, der Verwaltungsdirektor der Berliner Charité, ist von dem Deutschen Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit in seinen Ausschuss gewählt worden.







Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 27. Juli 1932.

Erhebung der Arbeitslosenhilfe.

Von verschiedenen Seiten aus den Kreisen der badischen Beamten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen sind bei uns Anfragen wegen der Berechnung und Erhebung der ab 1. Juli in Wirksamkeit getretenen Arbeitslosenhilfe eingegangen.

Die Arbeitslosenhilfe hat jeder Gehaltsempfänger, unbekümmert um die Höhe der Bezüge, zu entrichten, und zwar 1/2 Prozent aus den Bezügen, d. h. aus der Summe, die nach Abzug der allgemeinen Gehaltsstützung verbleibt.

An den Bezügen der badischen Landesbeamten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen ist die Arbeitslosenhilfe für den Monat Juli noch nicht abgezogen worden, da die Zahlungsgeschäfte bei Bekanntwerden der betreffenden Notverordnung bereits vorbereitet waren.

Unzulängende Beachtung des Umzugsverbots.

Amlich wird mitgeteilt: Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß auch nach Herausgabe des allgemeinen Umzugsverbots des Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1932 Angehörige politischer Organisationen auf Lastwagen unter Umgehung von Steuern, Ausruhen politischer Redaktionen usw. demonstrieren durch das Land fahren.

Ein Verstoß gegen das Umzugsverbot ist nur dann nicht gegeben, wenn Personen (auch uniformierte) auf Lastwagen ausschließlich zum Zwecke der Beförderung gefahren werden, es sei denn, daß eine geordnete Reihenfolge der Lastwagen die Aufmerksamkeit des Publikums erregt und hieraus die demonstrative Absicht erkennbar ist.

Noch ein Sängerbuch in Karlsruhe.

Am heutigen Mittwoch wird der Königsberger Lehrergesangverein mit etwa 50 Personen, von dem Frankfurter Bundesjüngerschaft kommend, der badischen Landeshauptstadt einen Besuch abstatten.

Das Katzenwürgen.

Immer wieder erscheinen unter dieser Ueberschrift in den Zeitungen Artikel der Tierchutzvereine, in denen gegen die Verwendung von Katzen zur Schärfprüfung auf den von den jagdlichen Organisationen veranstalteten Gebrauchshundwettbewerben protestiert wird.

Die Frage ist jetzt durch ein vor kurzem ergangenes Urteil des Bad. Verwaltungsgerichtshofes abschließend geregelt. Das Urteil ist nicht anfechtbar.

Die Polizeidirektion Mannheim hatte die Verwendung von Katzen zur Schärfprüfung bei der im Frühjahr 1931 von dem Bad. und Deutschen Jäger abgehaltenen Verbandsjagd verboten.

Das unzulässige Vorgehen mancher Tierchutzvereine, namentlich dasjenige eines außerbadischen Tierchutzvereins, der die deutschen und außerdeutschen Tierchutzvereine zur Weidung der badischen Kur- und Fremdenorte aufgefordert hatte, so lange noch derartige Schärfprüfungen in Baden stattfinden, wird in den Gründen des Verwaltungsgerichtshofes Urteil auf das entschieden zurückgewiesen.

Es darf wohl erwartet werden, daß hiermit die Erörterung dieser Frage in der Tagespresse erledigt ist. Die dem Verband der Vereine für Prüfung von Gebrauchshunden zur Jagd angeschlossenen Organisationen werden nach wie vor dafür sorgen, daß bei den für die Jagd von Gebrauchshunden unentbehrlichen Schärfprüfungen nutzlose Tierquälereien nicht stattfinden.

Steuerkalender für August 1932.

5. August 1932: Lohnabzug, Krisenlohnsteuer und Abgabe zur Arbeitslosenhilfe für den Monat Juli bzw. für die Zeit vom 16. bis 31. Juli. Keine Schonfrist.

10. August 1932: Umsatzsteuer für den Monat Juli. Schonfrist bis 17. August 1932.

15. August 1932: Vermögenssteuerzahlung entsprechend der Notverordnung vom 12. Mai 1932 (60 v. H. des an sich zu entrichtenden Betrages). Keine Schonfrist. Die Landwirtschaft hat am 15. August keine Quartalsrate zu entrichten, sondern muß dafür am 15. November 1932 die Quartalsrate zahlen.

20. August 1932: Lohnabzug und Abgabe zur Arbeitslosenhilfe für die Zeit vom 1. bis 15. August. Keine Schonfrist.

Der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei in Baden, Dr. Japp aus Heidelberg, wird am 29. Juli 20.15 Uhr im Eintrachtsaal in Karlsruhe sprechen.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Leo Fall's melodramatische Operette 'Die Dolmetscherin' ist lebendig geblieben. Die neue Fassung ist auch ausgezeichnet und bringt der Operette bei jeder Aufführung Erfolge und rauschenden Beifall.

Kaffee Bauer. Im heutigen Mittwochkonzert bringt Karl Hummer als Glinne Trompetensolist zum Vortritt. Der 2. Teil des Abends ist moderner Unterhaltungsmusik gewidmet.

Kaffee Bauer. Heute Mittwoch findet im unteren Kaffee Gesellschaftsabend statt.

Bereiten Sie Marmeladen und Gelees

mit Fruitanekt Sie sparen Zucker Fragen Sie Ihren Drogisten

Schutz dem Mittelstand.

Zweiter Tag der Tagung des Reichsverbandes der Handelschutz- und Rabattparvereine Deutschlands.

Karlsruhe, 26. Juli.

Am zweiten Verhandlungstage der 30. Jahrestagung des Reichsverbandes der Handelschutz- und Rabattparvereine Deutschlands erhaltete Verbandsdirektor Senator a. D. Bentzien-Berlin Bericht über Arbeiten, Aufgaben und Entwicklung des Verbandes, in dem 247 Vereine mit rund 33 000 Mitgliedern vereinigt sind.

Es folgte die ausgedehnte Aussprache, in der Redner der einzelnen Fachvereine zu Worte kamen. So äußerte sich der Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes, Dr. Schöland, über die Zusammenarbeit innerhalb des Schutzverbandes und gab einige Erklärungen zum mittelfränkischen Schutzprogramm, die sich auf die Reform des Wettbewerbsrechts, des Steuerrechts und des Handels- und Gewerberechts erstreckten.

Die programmatischen Forderungen des Verbandes fanden ihren Niederschlag in angenommenen Entschlüssen, die den endgültigen Schaffung von ausreichenden Durchführungsbestimmungen zum § 164 der Reichsverfassung, der dem Mittelstand Schutz vor Aufzuga und Ueberlastung verbürdigen soll, fordern, insbesondere Unterlassung aller Eingriffe, die zu einer weiteren Schumpfung der Wirtschaft führen, Verbot der Eingriffe der öffentlichen Hand in das Aufgabengebiet von Einzelhandel und Gewerbe, Heranziehung der Betriebe der öffentlichen

Hand zu allen Steuern und Abgaben, denen Einzelhandel und Gewerbe unterliegen, Schutz des mittelfränkischen Erwerbslebens vor den Nachwirkungen des Großkapitalismus, der im Staatsinn gedacht nicht wie die mittelfränkische Erwerbsart aufbauend und bewahrend wirkt und deren Lebens- und Steuerkraft zerstört, weitere Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, insbesondere hinsichtlich der sogenannten Sonderveranstaltungen, Verbot der systematischen Unterverkäufe, Verbot des Verkaufs von Nahrungs- und Genussmitteln in den Warenhäusern, in den Einheitspreisgeschäften und durch Hausierer, Verbot des Verkaufs von Nahrungs- und Genussmitteln in diesen Betrieben, Einschränkung des Hausierhandels, Ausdehnung der auch für Einheitspreisläden durchgreifenden in diesen Betrieben, Einschränkung der Verkaufsmethoden gegenüber der persönlichen Arbeitskraft, Verbot der Bevorzugung der Bahnhöfe, Trambuden usw. hinsichtlich der Ladenöffnung und Sonntagsruhezeiten, rabiales Verbot der Zugaben, Vereinfachung des Steuerrechts und Entlastung des übersteuerten selbständigen Mittelstandes, Abschaffung der besonders den Konsumvereinen gewährten Steuerbefreiungen, Herabsetzung der Umsatzsteuer, baldige Einführung der Pfaffenpauschalierung der Umsatzsteuer, Einführung einer progressiv gestaffelten Warenhaus- und Filialensteuer nach dem Umsatz, Aufhebung der Salzsteuer und Verbot an die Landesregierungen, eine Schlichtsteuer zu erheben, rascher Abbau der Hauszinssteuer, Verringerung der Zinsspanne und bessere Berücksichtigung des Mittelstandes bei der Kreditverteilung, weitere Herabsetzung der Lohnpfändungsgrenze, besondere Berücksichtigung der kleineren und mittleren Steuerzahler bei der endgültigen Reform eines Gewerbesteuer-Nahmengesetzes, Rücksichtnahme auf leistungsschwache oder unverschuldet in Not geratene Steuerpflichtige.

Des weiteren wird an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, die Bedarfsbedingung der im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten grundsätzlich durch das mittelfränkische Ladengeschäft vornehmen zu lassen und von einer zentralen Belieferung durch öffentliche Hand abzusehen, deren Eingriffe in das Aufgabengebiet der feueraufbringenden Gewerbe immer unerträglich geworden seien.

Reichstagswahlen im Wahlkreis Karlsruhe

von 1871 bis 1930.

Ein historischer Rückblick auf die Wahlen des Kaiserreichs und der Republik.

Im alten Deutschen Reiche zur Zeit der Kurfürsten war der Reichstag die Bezeichnung für die Versammlungen der Reichsstände, d. h. der unmittelbaren Glieder des Reiches, die auf den Reichstagen Sitz und Stimme hatten. Nach Erhebung des Deutschen Reiches durch die Kaiserkrönung in Versailles im Jahre 1871 fand im gleichen Jahre die Wahl des ersten Reichstages statt.

Der Reichstag ist die Stätte der gemeinsamen Repräsentation des Deutschen Volkes. Jeder 25jährige Deutsche war wahlberechtigt. Zur ersten Reichstagswahl des neuen Deutschen Reiches kandidierten folgende Parteien: Konservative, Reichspartei, Liberale, Nationalliberale, Fortschrittspartei, Volkspartei, Sozialdemokraten, Zentrum, Paritätisten, Polen und Protestpartei. Am Reichsergebnis hatten die Nationalliberalen von je einhundert abgegebenen Stimmen 30,9 Stimmen erhalten. Es folgten das Zentrum mit 17,9 und die Konservativen mit 14,1 Stimmen, während die Sozialdemokraten von je 100 Stimmen nur 8 erhielten. Im Wahlkreis Karlsruhe ergab die Stimmenzählung für

Die erste Reichstagswahl im Jahre 1871

für Reichspartei 9926, Zentrum 705 abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 53,8 Prozent. Alle 3 Jahre wurde der Reichstag neu gewählt. Die letzte Wahl des Reichstages im 19. Jahrhundert fand am 16. Juni 1898 statt. Von den 397 Mandaten erhielten die meisten das Zentrum mit 102, die Deutsche Konservativen 66, ebenfalls die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen 46 Mandate. Im Wahlkreis Karlsruhe wurden für die Konservativen 1804, Sozialdemokraten 9031, Nationalliberale 7607, Deutsche Volkspartei 6370, Reformpartei 874 Stimmen abgegeben.

Im neuen Jahrhundert folgten alle fünf Jahre Neuwahlen des Reichstages. Es interessiert hier lediglich nur noch die letzte Reichstagswahl vor Ausbruch des Weltkrieges.

Die Reichstagswahl im Jahre 1912 im Wahlkreisgebiet Karlsruhe (Stadt) ergab für die Sozialdemokraten 11 492, Fortschrittspartei 9833, Reichspartei 4405 Stimmen.

Der Ausgang des Weltkrieges brachte für das Deutsche Reich eine politische Umwälzung. Aus dem Kaiserreich wurde eine Republik. Die Nationalversammlung erwählte ein neues Wahlgesetz. Das Wahlalter wurde auf 20 Jahre herabgesetzt und den Frauen das allgemeine Wahlrecht eingeräumt. Am 6. Juni 1920 fand die erste Reichstagswahl des neuen Deutschen Reiches statt. Der Wahlkreis Karlsruhe (Stadt) verzeichnete 87 382 Wahlberechtigte, von denen 74,7 Prozent an der Wahl teilnahmen. Die Stimmen verteilten sich auf Deutschnationale Volkspartei mit 7971, Deutsche Volkspartei 6061, Zentrum 12 657, Demokraten 11 271, Sozialdemokraten 14 545, „U.S.P.D.“ 11 961 und Kommunisten mit 564 Stimmen. Die kleineren

Ergebnisse der Splitterparteien sind hier nicht mit aufgeführt worden, da sie für die parlamentarische Gestaltung des Reichstages keinerlei Bedeutung erlangten. Alle 4 Jahre sollte der Reichstag neu gewählt werden. Infolge vorzeitiger Auflösung des Reichstages wurde diese Frist nicht immer eingehalten.

Nachstehend sind die einzelnen Reichstagswahlen bis zur Gegenwart wiedergegeben und der besseren Uebersicht halber untereinander gestellt, wobei ebenfalls die kleinen Splitterparteien nicht mit angeführt worden sind, soweit sie für die Mandatsverteilung bedeutungslos blieben.

Wahlsergebnisse im Wahlgebiet Karlsruhe (Stadt)

Table with 5 columns: Reichstagswahl am, von 1924 bis 1928, 7.12.1924, 20.5.1928, 14.9.1930. Rows include Reichstagswahl am, Wahlbeteiligung in %, Sozialdemokraten, Zentrum, Christlichsoziale, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volksp., Demokraten-Staatspartei, Kommunisten, D.N.D.F., F.F.P., W.P., Wirtschaftspartei.

Am 31. Juli 1932 wird der Reichstag abermals neu gewählt. Für jeden Wahlberechtigten gilt dann das Wort „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“

Das Verhalten der Wahlleiter.

Abstimmungsvorstände sind staatliche Organe.

Amlich wird mitgeteilt:

Die Frage, ob Mitglieder des Abstimmungsvorstandes bei der Reichstagswahl während der Ausübung des Dienstes politische Abzeichen oder Uniformen tragen dürfen, hat der Reichsminister des Innern verneint, da die Abstimmungsvorstände staatliche Organe sind und ihre Mitglieder staatliche Ehrenämter bekleiden. Während dies mit der von den Mitgliedern des Abstimmungsvorstandes zu verlangenden strengsten Unparteilichkeit nicht vereinbar ist, sind Wähler, die den Abstimmungsraum lediglich zur Stimmabgabe betreten, am Tragen von Abzeichen und von Uniformen nicht behindert.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

Berurteilter Fahrradmarder.

Unter der Anklage wegen Diebstahls und Betrugs stand der 22 Jahre alte Zimmermann Eugen G. aus Welschnieure vor dem Karlsruher Schöffengericht. Der Angeklagte hatte seit dem Februar ds. Js. in Karlsruhe nicht weniger als 26 Fahrräder entwendet und sie zu Preisen von 1 bis 13 RM. weiterverkauft. Das Urteil lautete auf fünf Monate Gefängnis. Auf die Strafe wurden zwei Monate zwei Wochen Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

Ein Feirtagschwindler.

Der 22 Jahre alte, vorbestrafte, ledige, erwerbslose Koch Max Sch. von Karlsruhe verfügte von März bis Juni ds. Js. gleichzeitig über drei Bräute. Seine „richtige“ Braut ist Berta. Das Dienstmädchen Maria und die Hausangestellte Elisabeth gingen ihm ebenfalls ins Garn. Er erzählte ihnen, er sei als Koch bei der Polizei beschäftigt und habe ein gutes Einkommen. Allen versprach er die Ehe. Die beiden Dienstmädchen stellten ihm angelegentlich verlockenden Aussicht und insolge großer Vertrauensseligkeit ihre Ersparnisse von insgesamt 1000 RM. zur Verfügung, die er angeblich zur Bezahlung eines gefahrenen Strafzettels und zur Anschaffung eines Motorrades verwenden wollte. In Wirklichkeit kleidete er sich mit den sauer ersparten Geldern der Dienstmädchen ein und verwendete das erzwungene Geld im übrigen zur Bezahlung seines Lebensunterhalts. Der Verlobungsfeier an Pfingsten mit der Maria machte das Auftauchen

der „richtigen“ Braut einen Strich durch die Rechnung. Drei Mädchen trauern jetzt um den Schwindelbräutigam, der sich vor dem Eintrichter wegen Rückfallsbetrugs zu verantworten hatte. Mit Rücksicht auf das jugendliche Alter des Angeklagten billigte der Richter mildernde Umstände zu und verurteilte ihn wegen Rückfallsbetrugs in zwei Fällen, sowie unerlaubten Waffenführens — der Angeklagte hatte einen Walzenrevolver nicht angemeldet — zu zehn Monaten Gefängnis abzüglich fünf Wochen Untersuchungshaft. Der Revolver wurde eingezogen.

Waffenmißbrauch.

Die Strafabteilung des Amtsgerichts Karlsruhe verhandelte gegen den ledigen 22 Jahre alten, bisher unbestraften Schuhmacher Karl R. aus Umlach, der sich wegen Vergehens gegen die Vorschriften über den Waffenmißbrauch zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte am 29. Juni, nachts gegen 12 Uhr, an einem kommunikativen Umzug durch die Südstadt teilgenommen und hatte einen Schlagring und ein feststehendes Taschenmesser bei sich geführt. Er hat sich dadurch gegen mehrere Vorschriften verangen, indem er den Schlagring polizeilich nicht angemeldet hatte und überdies — was durch die Notverordnung des Reichspräsidenten besonders unter Strafe gestellt ist — und bei einem politischen Umzug bewaffnet erschienen war. Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird zu drei Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Auf die Strafe werden 25 Tage Untersuchungshaft angerechnet. Der Schlagring und das Taschenmesser werden eingezogen. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.







